

SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe  
Freiherr-vom-Stein-Platz 1 | 48147 Münster

## **Vieles ist gut, aber nicht alles ist in Ordnung**

\* \* \* \* \*

## **Rede anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes der Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe für das Jahr 2022**

- Es gilt das gesprochene Wort -

**Sperrfrist: Donnerstag, 27. Januar 2022, 10.00 Uhr**

### **MÖGLICH MACHEN!**

SPD-Fraktion in der  
Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe  
Freiherr-vom-Stein-Platz 1  
48147 Münster

Telefon: 0251 591-244  
Fax: 0251 591-270  
Bank: Sparkasse Münsterland Ost  
IBAN: DE04 4005 0150 0000 5829 57

Fraktionsvorsitzender:  
Karsten Koch  
Fraktionsgeschäftsführerin:  
Anneli Hegerfeld-Reckert

**[lwl-spd.de](http://lwl-spd.de)**

## Anrede

Die Politik befindet sich nicht erst seit der Corona-Pandemie unter einer erheblichen Dauerbeanspruchung. Die aktuelle Dynamik und Schnelligkeit der Wandlungsprozesse, in denen wir uns bereits jetzt wiederfinden, hat es so noch nie gegeben. Dabei ist Transformation kein vermeidbarer Umstand, sondern eine politische und damit gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe, die uns auch im LWL bis an die Grenzen der Machbarkeit und unserer eigenen Leistungsfähigkeit führt.

Die Digitalisierung, der klimaneutrale Umbau unseres Verbandes, die Energie- und Mobilitätswende sowie der demografische Wandel sind keine trivialen Transformationsprozesse, die sich mal eben so bewältigen lassen. Sie erfordern vielmehr eine klare, durchdachte und immer wieder anzupassende Strategie. Dazu bedarf es erheblicher personeller und finanzieller Ressourcen, so wie wir es im Landschaftsverband Westfalen-Lippe schon seit vielen Jahren gemeinsam verantworten und natürlich auch mit dem Haushalt 2022 praktizieren.

Diese dauerbeanspruchte Politik, die seit nun fast zwei Jahren unter pandemischen Rahmenbedingungen agieren muss, sieht sich zunehmend einer signifikanten Zahl von Menschen ausgesetzt, die alles von Politiker:innen Gesagte in Frage stellen. Es sind Menschen, die mit eigenen Fakten vor der angeblichen Coronadiktatur weichend in einem Paralleluniversum leben und unsere freiheitliche Demokratie und deren Institutionen verachten. Und das nicht irgendwo, sondern auch in vielen Städten und Gemeinden in Westfalen-Lippe. Das bereitet mir persönlich und vermutlich vielen von Ihnen große Sorgen. Unser gemeinsames Ziel muss es über alle Parteigrenzen hinweg sein, eine sich verändernde Gesellschaft zusammenzuhalten, um so zu verhindern, dass unsere Demokratie und ihre Repräsentant:innen hasserfüllt unter Druck geraten und angegriffen werden.

Heute am 27. Januar gedenken wir der Opfer des Nationalsozialismus. So wie sich unter diese deutsche Geschichte niemals ein wie auch immer gearteter „Schlussstrich“ ziehen lässt, so wird unser demokratischer Rechtsstaat vor Angriffen keinesfalls durch Nichtstun oder durch eine „Ist schon nicht so schlimm“-Haltung verteidigt. Der Schutz der Demokratie ist kein Spaziergang. Der LWL fördert schon seit vielen Jahren sehr vorbildlich unterschiedliche Demokratieprojekte in Westfalen-Lippe. Deshalb möchte ich heute für eine gemeinsame Initiative der fünf demokratischen Fraktionen in der LWL-Landschaftsversammlung mit Unterstützung der LWL-Verwaltung werben, in diesem Frühjahr zusätzliche Aktivitäten selbst zu unternehmen und zu initiieren. Bei allen politischen Unterschieden, die es in den vielen Sachfragen gibt und auch geben muss, darf zwischen Demokrat:innen kein Blatt Papier passen, wenn es um die Verteidigung unseres demokratischen Gemeinwesens geht. Wir brauchen eine von den Vielen getragene Initiative in Westfalen-Lippe, die deutlich macht: Wir sind viele und wir schauen nicht weg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als der Doppelhaushalt 2020/2021 verabschiedet wurde, gab es noch keine Coronapandemie. Seitdem hat sich vieles verändert, so auch die Mehrheitsverhältnisse in diesem Hause. Es gibt eine schwarz-grüne Koalition, die nun mit ihrer Mehrheit ihre eigenen parteipolitischen Akzente setzt, so etwa heute mit der Wahl des LWL-Direktors. Das ist

Demokratie und das akzeptieren wir uneingeschränkt. Wahlen sind aber immer auch Momentaufnahmen, Siege oder Niederlagen mitunter eine Frage des Datums. Wurde die LWLSPD bei der Kommunalwahl im September 2020 nur zweitstärkste Kraft, so avancierte sie bereits ein Jahr später bei der Bundestagswahl zur stärksten politischen Kraft in Westfalen-Lippe. Wir sind eben keine Randgröße!

Die LWLSPD stellt in der Landschaftsversammlung eine selbstbewusste und den Menschen verpflichtete Fraktion, die sich weder verstecken wird noch wegducken muss. SPD stand schon immer für Selbstständiges Politisches Denken und genau dieses Selbstverständnis bestimmt unsere eigenständige Rolle in der Landschaftsversammlung. Wir sind keine Fundamentalopposition und schon gar nicht anspruchslos. Wir wollen gute Politik möglich machen – mit eigenen Initiativen und Anträgen und dort, wo es unterstützenswerte Aktivitäten anderer Fraktionen gibt, auch mit konstruktivem Dialog und Zustimmung. Wir sind zur Zusammenarbeit bereit, allerdings kann das keine Einbahnstraße sein.

Koalitionen verändern zwangsläufig das Verhalten von Parteien und Fraktionen. In der zurückliegenden Wahlperiode gab es eine Zusammenarbeit von CDU und LWLSPD, der die Union leider bei so manchem Thema den Sauerstoff entzogen hat. Heute nimmt die CDU in der neuen Koalition Wörter in den Mund, bei denen sich mancher früher stundenlang den Mund mit Weihwasser ausgewaschen hätte. Wir erleben nicht nur innerhalb unseres Verbandes spannende Zeiten, in denen unterschiedlichste politische Konstellationen möglich sind: Im LWL ist es aktuell schwarz-grün, in NRW noch schwarz-gelb und im Bund führt die SPD eine Ampelkoalition.

Die Farbenvielfalt macht auch deutlich, dass wir alle gut beraten sind, mehr nach dem Verbindenden als nach dem Trennenden zu suchen, wenn wir eine gute Politik für die Menschen in Westfalen-Lippe machen wollen. Dass das erfolgreich sein kann, hat z. B. die Gegenwehr gegen die Landesregierung gezeigt, die eine überwiegend kommunal finanzierte Selbstverwaltungsaufgabe „Eingliederungshilfe“ in eine fremdbestimmte Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung umwandeln wollte. Eine Woche gemeinsame Anstrengungen haben gereicht, um diese Attacke auf die Kernzuständigkeit der Landschaftsverbände zu beenden. Auch für unsere künftigen Anliegen in Richtung Bund und Land brauchen wir solche Bündnisse.

Der LWL-Haushalt 2022 steht aus sozialdemokratischer Sicht für Schatten und Licht. So haben wir bei zahlreichen LWLSPD-Anträgen eine Totalblockade erlebt und das bei nach unserer Einschätzung eigentlich konsensfähigen Themen. Wer hätte gedacht, dass unser Antrag auf Förderung der 21 biologischen Stationen in Westfalen-Lippe ausgerechnet auf grünen Widerstand stoßen würde? Gleiches gilt für unseren frühzeitigen Antrag, im LWL bis 2030 Klimaneutralität zu erreichen und zum Ausgleich der nach dem integrierten Klimaschutzkonzept nicht zu vermeidenden Emissionen gemeinsam mit den westfälisch-lippischen Städten und Gemeinden in Anlagen für erneuerbare Energien zu investieren. Unser Anteil sollte durch den Verkauf von RWE-Aktien finanziert werden. Offenbar zu grün für die Grünen und deshalb abgelehnt.

Wer hätte erwartet, dass unserem Antrag auf eine zweckgebundene Förderung des Westfälischen Heimatbundes zur Unterstützung von fast 600 Heimatvereinen und rund 700 Heimatpfleger:innen

die Ablehnung der CDU widerfahren würde? Bei so viel Kakophonie verwundert es dann auch nicht mehr, dass die von uns beantragte und in der zurückliegenden Wahlperiode zugesagte Anpassung der Förderung der Landesorchester und Landestheater ebenfalls im schwarz-grünen Orcus gelandet ist. Krönend hinzu kommt unser ebenfalls abgelehnter Antrag zur mittelfristigen Finanzplanung, zu dem ich gleich noch etwas sagen werde. Sämtliche Anträge werden wir unverdrossen erneut einbringen.

Trotz dieser bedauerlichen wie unverständlichen Ablehnungen wird die LWLSPD-Fraktion dem von LWL-Direktor Matthias Löb eingebrachten Haushalt aus Überzeugung zustimmen können. Bei allen, und ich betone es gerne noch einmal, bei allen entscheidungsrelevanten Zielen und Strategien baut dieser auf Weichenstellungen der zurückliegenden Wahlperiode auf. Der Etat führt wichtige sozial-, kultur- und schulpolitische Weichenstellungen der Vorgängerhaushalte ebenso fort wie umfangreiche Investitionen in die Digitalisierung sowie in den Klima- und Umweltschutz. Vieles ist gut, aber nicht alles ist in Ordnung. Letztlich trägt der Etat noch immer eine sehr gut lesbare sozialdemokratische Handschrift. Meine begrenzte Redezeit erfordert an dieser Stelle den Mut zur Kürze und deshalb empfehle ich Ihnen gerne die Rede von Holm Sternbacher zum Doppelhaushalt 2020/2021. Darin finden Sie viele Argumente, die so auch für den neuen Etat gelten, etwa bei unserem Herzensanliegen Wohnen und Arbeit für Menschen mit Behinderung. Die LWLSPD findet sich im Haushalt 2022 noch wieder. Die Betonung liegt auf noch.

Neu im Haushalt ist das Thema „Housing First“. Wir Sozialdemokrat:innen unterstützen diesen Ansatz, weil es um die Vermeidung und Bekämpfung von Obdachlosigkeit in Westfalen-Lippe geht. Die Kommunen stehen als Ordnungsbehörden in der Pflicht, gegen die örtliche Wohnungslosigkeit anzugehen. Ihnen wollen wir mit dem neuen Programm als Partner zur Seite stehen. Wenn man den Antrag von CDU und Grünen neben den finalen Ausschussbeschluss legt und miteinander vergleicht, dann erkennt man gravierende Veränderungen und sehr deutlich den Beitrag der LWLSPD. Nun muss sich zeigen, ob dieses Programm erfolgreich sein wird. Wir wollen das. Klar ist aber auch: Nur Geld ausgeben ist bislang nicht die Linie des LWL gewesen und sie soll es auch nicht werden. Wir müssen auch Wirkung erzielen.

Bestandteil des Haushaltes ist der Stellenplan mit rund 193 neuen Stellen. Die LWLSPD-Fraktion mit ihrer engen Vernetzung in den LWL-Mitgliedskörperschaften hat sich hierzu durchaus kritischen und von großen Zweifeln an der Notwendigkeit dieses Stellenaufbaus geprägten Diskussionen gestellt. Dazu gehören auch die Bereitschaft und der Mut, über jede einzelne Stelle zu sprechen. Am Ende konnten wir nicht jede und jeden überzeugen. Aber wir haben uns klar hinter diesen Stellenplan gestellt. Allein die Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes, steigende Fallzahlen und neue Anforderungen in der Kernverwaltung sowie die Zugangsförderung von Menschen mit Behinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt summieren sich auf 105 neue und gleichzeitig auch alternativlose Stellen. Und weil wir bei unserem digitalen Transformationsprozess nicht auf gehobenem Brieftauben-Niveau verharren wollen, sagen wir auch hier zu 22 neuen Stellen ja. Digitalisierung 2.0 bleibt nur weiße Salbe, wenn nicht gleichzeitig auch die Personalressourcen bereitgestellt werden. Der generelle kommunale Aufgabenzuwachs spiegelt sich auch in den Haushalten unserer Mitglieds-

körperschaften wider. Für den LWL gilt es nun, die neuen Stellen auch tatsächlich zu besetzen, was kein leichtes Unterfangen sein wird.

Mit drei Millionen Toten stellen die sowjetischen Kriegsgefangenen nach den europäischen Juden die zweitgrößte Opfergruppe der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft dar. Über 300.000 von ihnen durchliefen das sogenannte Stammlager 326 (Stalag 326) in Stukenbrock-Senne. Als LWL werden wir dort gemeinsam mit Bund, Land und kommunalen Partnern eine Gedenkstätte von nationaler und internationaler Bedeutung schaffen. Mit dem Haushalt 2022 starten wir nun die Vorlauffinanzierung für eine Gedenkstätte, die die grausamen Schicksale der sowjetischen Kriegsgefangenen stärker in das öffentliche Bewusstsein rücken wird. Der LWL ist dabei ein wichtiger Treiber dieser Erinnerungskultur.

Es gäbe noch viel zu sagen zu den schlaun Beschlüssen zu nachhaltigen Finanzanlagen, aber auch zum LWL-Mitmenschentag, zum Museumsentwicklungsplan für unser LWL-Industriemuseum, zum betrieblichen Mobilitätsmanagement oder zu den umfangreichen Baumaßnahmen in unseren Schulen, Kultureinrichtungen und Kliniken. Auch zur Neufassung des NRW-Wohn- und Teilhabegesetzes, die zu einem tiefgreifenden Eingriff in die Handlungsfreiheit des LWL sowie einem Aufbau unnötiger Bürokratie mit beträchtlichen Folgekosten führen wird, gäbe es einiges auszuführen. Ich will mich aber auf ein letztes Thema, die mittelfristige Finanzplanung konzentrieren.

Mit der Landschaftsumlage finanzieren die LWL-Mitgliedskörperschaften den überwiegenden Teil unseres rund 3,7 Milliarden Euro Haushaltes. In diesem Jahr werden es bei einem Hebesatz von 15,55 % rund 2,55 Milliarden Euro sein. Die Diskussionen dazu waren, wenn man von dem Warendorfer Landrat absieht, kritisch, aber eben auch konstruktiv und verständnisvoll. Wir haben schon wildere Zeiten erlebt. 2022 wird nicht so schlimm wie befürchtet. Letztlich dürfte das auch daran liegen, dass die Landesregierung die Kommunen mit den Gemeindefinanzierungsgesetzen 2021 und 2022 so stellt, als hätte es statt der coronabedingten Steuereinbrüche das starke Vor-Corona-Wachstum gegeben. Das führt dazu, dass der kommunale Anteil an den Verbundsteuern deutlich über 23 Prozent steigt.

Diese lobenswerte Maßnahme entschärft tatsächlich auch im Jahr 2022 die angespannten Kommunalfinanzen. Es gibt aber zwei bedeutende Makel. Zum einen sind die vermeintlichen Geschenke aus 2021 und 2022 nur kreditiert. Die Kommunen haben jetzt eine weitere milliardenschwere Schuldenlast. Zum anderen gibt es diese Aufstockung 2023 nicht mehr. Die Folgen sehen wir bereits in der mittelfristigen Finanzplanung. Die Umlagegrundlagen unserer Mitgliedskörperschaften steigen weiterhin nicht mehr stark wie vor Corona. Gleichzeitig nehmen insbesondere unsere Sozialausgaben weiter zu, sodass die Zahllast bei der Landschaftsumlage, der geplante Hebesatz hat wenig Aussagekraft, nach der jüngsten Steuerschätzung um 175,6 Millionen Euro anwachsen wird. Das ist eine Größenordnung, die einige Kreise und Städte nicht verkraften können.

Die LWLSPD hat deshalb mit einem sehr gut begründeten Antrag gefordert, den Zahllastanstieg auf maximal 100 Millionen Euro zu begrenzen und das auch im Haushalt abzubilden. Das hätte zwar nicht den Weltfrieden bedeutet, aber es wäre ein sehr starkes Signal des LWL an seine

Mitgliedskörperschaften gewesen. Diese Ablehnung ist für die LWLSPD eine wirklich bittere Niederlage und zeigt, dass sich die Koalition einstweilen lieber in politischen Einbahnstraßen bewegt. Unsere Zustimmung zum Haushalt 2022 erfolgt dennoch aus tiefer Überzeugung; sie ist aber keine Selbstverständlichkeit für 2023, wenn unsere Handschrift zu stark verblassen sollte.

Ich danke dem LWL-Direktor Matthias Löb sehr herzlich für seinen Haushaltsentwurf, mit dem er erneut gezeigt hat, wie sehr sein Herz für den LWL und die Menschen in Westfalen-Lippe schlägt. Heute ist kein Tag des Abschieds, aber es ist ein Tag, der uns ahnen lässt, was wir verlieren werden.

Ich danke dem Ersten Landesrat und Kämmer Dr. Georg Lunemann für den konstruktiven Austausch zum Haushalt. Sie werden künftig den Landschaftsverband führen und können dabei auf eine faire, konstruktive und dem LWL verpflichtete Zusammenarbeit mit der LWLSPD setzen.

Mein Dank gilt den Landesrätinnen und Landesräten und ganz besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LWL. Sie machen einen großartigen Job.

Und schließlich danke ich auch den Kolleg:innen aus den anderen Fraktionen. Bei allen Differenzen in der Sache und manchem Ärgernis arbeiten wir fair und mit einem kulturellen Selbstverständnis zusammen, das längst nicht überall selbstverständlich ist. LWLer zu sein, ist schon etwas Besonderes.

Die CDU möchte mit ihrem neuen Vorsitzenden Friedrich Merz wieder konservativer werden. Wir werden sehen, was das heißt. Vielleicht lesen Sie dann weniger Merkel und mehr Goethe. Und deshalb schließe ich für die Kolleg:innen der Union gerne mit einer bedeutenden Lebensweisheit von Johann Wolfgang von Goethe: „Wer sich allzu grün macht, den fressen die Ziegen.“

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.